

# DIESE GRÜNEN!



## REFUGEES WELCOME

### ■ EHRENAMTLER\*INNEN IN DER FLÜCHTLINGSHILFE

Seit Anfang September erreichen pro Woche durchgehend mehr als 10.000 Asylsuchende Nordrhein-Westfalen. Das Land unterhält 160 Notunterkünfte, die im Rahmen einer Amtshilfe von den Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

In Wuppertal kommen im Schnitt mindestens 80 Personen pro Woche an. Die Notunterkünfte wurden in aller Eile in den Dreifach-Sporthallen der großen Schulzentren in Cronenberg und Ronsdorf eingerichtet.

Innerhalb von Stunden mussten die Hallen ausgestattet werden, was nur durch die Mithilfe aller Hilfsdienste, wie DRK, Malteser und Johanniter möglich war. Nach 48 Stunden übernehmen Diakonie und Caritas die weitere Versorgung. Dann kamen die Busse! Schnell hatte sich die Ankunftszeit herumgesprochen, und viele Anwohner\*innen und Schüler\*innen standen teils mit Plakaten und Schildern zur Begrüßung bereit. „Refugees welcome“ und „Herzlich willkommen“ war da zu lesen. Freundliche Gesichter, ein Lächeln und oft auch Geschenke, ein Kuscheltier für die Kinder, Schokolade, Früchte und Trinkflaschen wurden gereicht und dankbar angenommen.

Erste Blicke wurden gewechselt, teils neugierig, teils scheu. Manche Menschen, erschöpft und traumatisiert, waren dazu nicht in der Lage. Schnell war allen klar, 300 Menschen, die in einer Halle zusammenleben und schlafen, die nur mit kleinstem Gepäck angereist sind, können nicht allein von den Sozialarbeiter\*innen der Stadt und den Mitarbeiter\*innen der freien Wohlfahrtspflege versorgt werden. Es fehlt an allem: Schuhe, Bekleidung,



Foto: Mathias Kehren

Taschen, Körperpflegemittel, Kinderwagen, Kinderbetten und Woldecken. Eine Gruppe von Nachbar\*innen, Gemeindegliedern, Bürgervereinen, Ärzt\*innen und Kommunalpolitiker\*innen fand sich schnell zusammen. Bündnisse wurden geschlossen und gaben sich die Namen „Willkommen in Cronenberg“ und „Willkommen in Ronsdorf“. Seitdem sind weitere hinzugekommen, in den Stadtteilen Elberfeld, Vohwinkel und Heckinghausen. Die lokale Presse der Stadtteilzeitung startete einen Spendenaufruf.

Viele Spenden aller Art ging innerhalb von Stunden ein, die privaten Garagen waren schnell übertollt. Auf einen Hilferuf meldete sich ein Unternehmer, der eine leerstehende Fabrikhalle kostenlos zur Verfügung stellte. Dort richteten die ehrenamtlichen Helfer\*innen innerhalb einer Woche eine Kleiderhalle ein, in der Spenden abgegeben werden konnten und die Bewohner\*innen der Notunterkünfte eingekleidet wurden. Die Stadtteile

Ronsdorf und Vohwinkel werden von dort mitversorgt. Der Sozialdezernent lud zu einer Bürger\*innenversammlung ein, die sehr gut besucht war. Es gab viele Informationen und es konnten Fragen gestellt werden. Die Mitglieder des Bündnisses legten Listen aus, in denen sich ehrenamtliche Helfer\*innen eintragen konnten. Schnell füllten sich die Seiten, es wurden Hilfen in allen Bereichen angeboten, Sport, Freizeit, Sprachkurse, Dolmetscher und Kleiderhalle. Die Mitglieder des Bündnisses wählten Sprecher\*innen und Koordinator\*innen, um die Organisation zu strukturieren.

Inzwischen gibt es Sprachkurse, die ehrenamtlich von Lehrer\*innen geleitet werden. Es gibt einen Lauftreff, eine Sportgruppe für Kinder, eine Schwimmgruppe, die vom Schwimmverein „Neuenhof“ in das ganzjährig beheizte Freibad eingeladen wird. Eine ehrenamtliche Ärzt\*innengruppe hat sich gefunden, die in der Notunterkunft täglich eine zweistündige Sprech-

stunde anbietet. Ehrenamtler\*innen begleiten die Bewohner\*innen bei Arztbesuchen oder auch ins Krankenhaus. Von den hauptamtlichen Mitarbeiter\*innen wird die Hilfe und Unterstützung gern angenommen, da ihre personellen und zeitlichen Kapazitäten längst erschöpft sind.

Nun haben viele Asylsuchende nach der Erstregistrierung, die erst nach Wochen stattfand, Wuppertal verlassen und wurden umverteilt. Doch schnell folgten weitere Menschen nach, und im November erfolgte die Zuteilung kommunaler Asylsuchender.

Einige der ehrenamtlichen Helfer\*innen haben sich etwas zurückgezogen, die Belastung für Körper und Seele ist groß. Man hat in Gesprächen zueinander gefunden und die Menschen erzählen von ihren Erlebnissen. Von Krieg, vom Tod, von Angst, von Verlust, von Gewalt und Trauer. Von der Flucht, vom weiten, beschwerlichen Weg. Die Helfer\*innen tauschen sich untereinander aus, es wurden neue Freundschaften geschlossen, man hat Vertrauen zueinander gefasst und die gemeinsame Arbeit bereitet Freude. Da uns diese Aufgabe auch in Zukunft gestellt wird, sollten Stellen geschaffen werden, die den ehrenamtlichen Helfer\*innen Hilfestellung und Schulung anbieten. Der Wille und Wunsch zu helfen ist ungebrochen, und in Wuppertal wird die Stimmung nicht „kippen“. Hier hat der „Flüchtling“ ein Gesicht bekommen und wird weiterhin von uns willkommen geheißen.

Das Wuppertaler Engagement hat sogar bundesweit Beachtung gefunden. Deshalb freuen wir uns über den Satz in einem Artikel in der Wochenzeitung DIE ZEIT: „Deutschland braucht mehr Wuppertal“.



### GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser, ein wichtiges Thema im Dezember ist der städtische Doppelhaushalt, zu dem wir viele Anträge gestellt haben, die wir Ihnen vorstellen.

Der Standort für die Forensische Klinik soll nun die Kleine Höhe sein. Die GRÜNEN haben sich 30 Jahre lang dafür engagiert, dass sie nicht bebaut wird. Deshalb lehnen wir diesen Standort für die Forensik ab. Unsere Argumente haben wir für Sie zusammengetragen.

Unser Schwerpunktthema ist die Gleichstellung von Frau und Mann, wir zeigen anhand verschiedener Beispiele, wo es in der Umsetzung noch hakt.

Nach wie vor ist die Willkommenskultur für Flüchtlinge auch dank vieler ehrenamtlich engagierter Wuppertaler\*innen sehr groß. Darüber freuen wir uns sehr und schildern Ihnen, was das Engagement so alles beinhaltet.

Wir wünschen Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen schönen Übergang ins neue Jahr.

Ihr Redaktionsteam

## FORENSISCHE KLINIK IN WUPPERTAL

### ■ GROKO OPFERT KLEINE HÖHE



Archivfoto: Jörg Lange

Die Entscheidung für die Ansiedlung einer forensischen Klinik im Landgerichtsbezirk Wuppertal ist gefallen. Klarheit gibt es aber trotzdem noch nicht.

Das NRW-Ministerium für Gesundheit hat sich für den Standort Müngstener Straße entschieden und will eine Bauvoranfrage für die Fläche der jetzigen Bereitschaftspolizei stellen. Doch nach dem Willen der großen Koalition im Rat könnte nun noch eine Alternative in Betracht kommen: nämlich die Kleine Höhe.

DIE GRÜNEN möchten in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass der im September abgewählte Oberbürgermeister Peter Jung während seiner Amtszeit jegliche Zusammenarbeit mit dem Land, durch die ein für alle Seiten akzeptabler Standort im Landgerichtsbezirk hätte gefunden werden

können, verweigerte, und stattdessen mit seiner Haltung („Keine Forensik in Wuppertal“) jede Einflussmöglichkeit der Kommune aus der Hand gab. Als im Jahr 2012 absehbar wurde, dass die Haltung der Stadt eine Forensik im Stadtgebiet nicht verhindern würde, brachte er als Alternative für die Müngstener Straße die Kleine Höhe in die Debatte ein. Schon damals kritisierten die GRÜNEN diesen Schnellschuss deutlich. Anders als Peter Jung, Stadtdirektor Dr. Slawig und die sie im Rat stützende Koalition aus SPD und CDU, die das Gebiet im Bezirk Uellendahl-Katernberg immer schon für die unterschiedlichsten Nutzungsmöglichkeiten opfern wollten, machten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stets auf die große ökologische Bedeutung der Kleinen Höhe aufmerksam.

FORTSETZUNG AUF SEITE 4

## AUS DEM INHALT

Seite 2  
Aktionsplan für die Gleichstellung

Seite 4  
Städtischer Doppelhaushalt 2016/17

Seite 5  
Gastkommentar: Letzte Ausfahrt Paris 2015

Seite 5  
Auch ohne Auto e-mobil



## AKTIONSPLAN FÜR DIE GLEICHSTELLUNG

### WIE SIEHT DIE PRAXIS IN WUPPERTAL AUS?



TANJA WALLRAF

Die Stadt Wuppertal hat sich 2009 entschieden, der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene beizutreten. Damit war Wuppertal Vorreiterin für viele Kommunen in Deutschland und verpflichtete sich gleichzeitig, eine an Chancengleichheit orientierte Politik für Frauen und Männer umzusetzen.

Leitgedanken sind dabei, dass Frauen und Männer in Wuppertal – unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion, ihres Alters und ihrer finanziellen Möglichkeiten – gleichberechtigt leben, dass sie gleichermaßen eine lebenswerte Stadt gestalten, in der ihre Bedürfnisse Berücksichti-

gung finden, dass Frauen und Männer in Wuppertal gleichen Zugang zu städtischen Dienstleistungen und Ressourcen haben und sie gleichermaßen nutzen, und dass die Stadtverwaltung als wichtiger öffentlicher Arbeitgeber eine Vorbildfunktion mit einer an der Gleichstellung von Frauen und Männern orientierten Personalpolitik übernimmt.

Für den Aktionsplan zur Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern wurden die wichtigsten strategischen Handlungsfelder für die Bekämpfung von Gleichstellungsdefiziten auf kommunaler Ebene in sieben Schwerpunkten festgelegt:

1. Verteilung von Macht und Einfluss in der Stadt
2. Verteilung städtischer Ressourcen und Dienstleistungen auf Frauen und Männer
3. Überwindung geschlechtsspezifischer Rollenstereotype
4. Verteilung von Erwerbsarbeit, Familien- und Hausarbeit sowie Armutsbekämpfung
5. Prävention und Abbau geschlechts-

spezifischer Diskriminierung und Gewalt

6. An Gleichstellung orientierte Personalpolitik über die Verwaltung hinaus
7. Weiterentwicklung des Aktionsplans zur Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene und gezielte Öffentlichkeitsarbeit

Das Ziel, Macht und Einfluss in der Stadt gerecht aufzuteilen und Frauen und Männer in politischen Gremien (Rat, Ausschüssen, Aufsichtsräten) und bei Beteiligungsverfahren in gleicher Anzahl vertreten zu sehen, wurde definitiv nicht erreicht. Während die Oppositionsparteien ihr Soll erfüllt haben, bieten die Parteien der großen Kooperation ein trauriges Bild.

Beim Aktionsplan haben wir die Probe aufs Exempel gemacht. Wo wurden Projekte geplant und konkret umgesetzt, zeitlich verschoben oder wo wurden sie gar nicht angedacht? Das haben wir anhand der Beispiele Verkehr, Gesundheit und Stadtplanung/Wirtschaft überprüft. Hier die Ergebnisse.

## MOBILITÄT IN BEWEGUNG

### GLEICHHEIT VON FRAU UND MANN IM ÖPNV



FRANK TER VELD

#### FÜR MEHR SOZIALE MOBILITÄT

Frauen mussten in der Bundesrepublik bis 1958 ihren Ehemann um Erlaubnis fragen, wenn sie einen Führerschein machen wollten. Diese Regelung wurde mit dem „Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts“ beendet.

Gesetzgebung kann also wichtig sein für die Gleichheit von Frau und Mann. Das Thema Verkehr ist leider (noch) kein Projekt im Wuppertaler Aktionsplan für Gleichberechtigung, obwohl das sinnvoll und notwendig wäre. Das Bedürfnis nach Mobilität nimmt für alle Wuppertaler\*innen zu. Für Frauen tritt jedoch verstärkt das Kombinieren von Arbeits- und Privataufga-

ben in den Vordergrund. Diese „Aufgabenkombiniererinnen“ sind laut Verkehrsbefragung 2011 in der morgendlichen Wuppertaler Rushhour sogar am stärksten vertreten. Es zeichnet sich dabei eine Wechselwirkung zwischen Emanzipation und Mobilität ab.

Mobilität ist zur Notwendigkeit geworden, weil zum Beispiel Schulen, Sportstätten und Supermärkte sich weiter entfernt vom Wohnort befinden. Um dieser Situation nachhaltig und klimafreundlich gerecht zu werden, muss der Umweltverbund, also der Fuß-, Rad- und Nahverkehr, mit dem neuen ÖPNV-Bedarfsplan, dem solidarischen Bürgerticket, einem leistungsfähigen Radroutennetz und einem zeitgerechten Kinder- und Jugendmobilitätskonzept gestärkt werden. Nur so bleibt auch in Zukunft die Mobilität von Frau und Mann gewährleistet.



## STADTENTWICKLUNG UND DIE INTERESSEN VON FRAUEN

### WIE PASST DAS ZUSAMMEN?



ANJA LIEBERT

Im Bereich der Stadtentwicklung werden viele Entscheidungen für die Zukunft getroffen, die Frauen betreffen: Wie werden Wohngebiete gestaltet, wie Angsträume vermieden? Wie kann die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit verbessert werden? Wie gut sind öffentliche Dienstleistungen, Freizeiteinrichtungen, Schulen, Kitas, Einkaufsmöglichkeiten etc. zu erreichen? Wie können Frauen bei Entscheidungen mitwirken? Im Akti-

onsplan „Gleichstellung von Frau und Mann“ der Stadt sind natürlich auch aus diesen Bereichen Projekte für Frauen aufgeführt.

Während in anderen Abteilungen der Stadt, zum Beispiel im Sozial- oder Jugendbereich, geschlechtergerechte Angebote längst dazu gehören, konnten bei Stadtentwicklung, Wirtschaft, Bauen keine Projekte umgesetzt werden.

„Der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Verkehr, Umwelt hatte keine Möglichkeit, an dieser Maßnahme zu arbeiten“, so die Erläuterung bei den Themen „Beteiligungsverfahren“ oder „Vermeidung von Angsträumen“. Ob diese Themen in Zukunft berücksichtigt werden können, sei „unklar“. Auch die viel diskutierte Erhöhung des Frauenanteils in Führungs- und Entscheidungspositionen, die mit Best-Practice-Beispielen

aus Wirtschaftsunternehmen untersucht werden sollte, wurde vonseiten der Wirtschaftsförderung nicht bearbeitet. Ob Personal- oder Geldmangel, es geht gerade bei neuen Wohnflächen oder der Entwicklung der Innenstädte nicht darum, auf Konzepte zu warten oder besonders kostenintensive Verfahren zu beginnen.

Oft kann der Blick von Frauen, die Meinung von Frauen dazu beitragen, Dinge zu überdenken. Frauen sind nachweislich mehr mit Bus und Bahn, mit dem Rad und zu Fuß unterwegs und verbinden verschiedene Wege (Arbeit, Familie, Einkaufen etc.). Eine geschlechtergerechte Stadtentwicklung der kurzen Wege und der Vernetzung dient letztendlich nicht nur Frauen. Alle Wuppertaler\*innen, insbesondere Senior\*innen, Kinder, Jugendliche und Menschen ohne Auto profitieren davon.

## KINDER- UND JUGENDARBEIT

### GLEICHBERECHTIGUNG FÜR MÄDCHEN UND JUNGEN



MARCEL SIMON

Gerade in den Einrichtungen und Maßnahmen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der mobilen Jugendarbeit und auch im Bereich der Hilfen zur Erziehung sowie in den Kindertagesstätten gilt es, Mädchen und Jungen geschlechtergerecht zu fördern. In jungen Jahren wird der Grundstein für die weitere Entwicklung gelegt, werden Geschlechterstereotype verfestigt, wird Selbstbewusstsein entwickelt und sich an erwachsenen Vorbildern orientiert. Dabei gilt es, Mädchen und Jungen Schutz- und Schonräume für ihre geistige, seelisch-emotionale Entwicklung zur Verfügung zu stellen und Angebote zu schaffen, bei denen sie sich ohne „blöde Anmache“ und ohne Rollenklischees entsprechen zu müssen als „Junge“ und als „Mädchen“ wahrnehmen können.

Die Stadt Wuppertal ist hier sicherlich in vielen Punkten schon auf einem guten und gangbaren Weg. Dennoch sollten für die Zukunft die folgenden Punkte im Blick gehalten werden:

- Kindertagesstätten brauchen mehr Erzieher. Das Berufsbild muss auch für Männer attraktiver werden, denn in der frühkindlichen Erziehung benötigen gerade die Jungen männliche Vorbilder. Deswegen gilt es, im „Konzern Stadt“ eine Werbekampagne für mehr Männer im Erzieherberuf zu starten. Eine Männerquote von noch nicht einmal zehn Prozent im Bereich der Kindertagesstätten ist dringend ausbaufähig.

- Freizeit- und erlebnispädagogische Angebote müssen noch stärker als bisher speziell auf Mädchen und Jungen zugeschnitten werden (z. B. „Basketball bei Nacht“-Veranstaltungen exklusiv für Mädchen).

- Es ist nötig, den Expert\*innen für die Mädchen- bzw. Jugendarbeit im Fachbereich Jugend und Freizeit ausreichend Stellenanteile im Rahmen ihrer Tätigkeit zur Verfügung zu stellen, damit sie diese anspruchsvolle Tätigkeit auch adäquat ausführen können.

- Die Vernetzungsstruktur der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit ist noch intensiver auf geschlechtersensibles Arbeiten auszurichten (Stärkung der Ressourcen des AK Jugendarbeit und des AK Mädchenarbeit).
- Die Arbeit von „queeren“ Jugendgruppen sollte gestärkt werden.

Kurzum: Kinder- und Jugendarbeit braucht Geschlechtergerechtigkeit und Geschlechtersensibilität.

## SICHERHEIT FÜR FRAUEN UND MÄNNER

### ABBAU STÄDTISCHER ANGSTRÄUME VORANTREIBEN



PAUL YVES RAMETTE

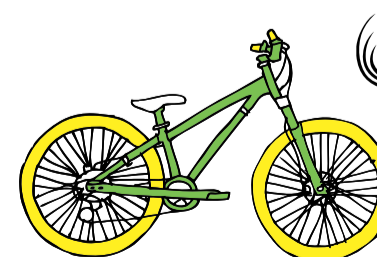
In der Stadt Wuppertal müssen sich Mädchen und Jungen, Frauen und Männer im privaten sowie im öffentlichen Raum sicher bewegen können, ohne psychischer oder physischer Gewalt ausgesetzt zu sein. Neben den wichtigen Hilfsangeboten für Mädchen und Jungen mit Gewaltverletzungen gilt es, im Rahmen

der „gefühlten Sicherheit“ auch die öffentlich vorhandenen Angsträume abzubauen. Wuppertal zählt zu den sichersten Großstädten Deutschlands. Aber auch in Wuppertal gibt es Orte, die Unsicherheitsgefühle und Ängste bei den Menschen hervorrufen. Dazu gehören dunkle Unterführungen, verlassene Haltestellen, stark verunreinigte oder unübersichtliche öffentliche Plätze.

Dies führt dazu, dass öffentlicher Raum nicht mehr – oder nicht mehr ohne Angst – genutzt wird. Die Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen hat aktuell ihre zweite Untersuchung Wuppertaler Angsträume vorgelegt. Aus der Untersuchung ergeben sich 33 Angsträume, denen

konzeptionell begegnet werden muss. Wie bereits bei der vorherigen Untersuchung deutlich wurde, verändern sich die Räume in zum Teil kurzer Zeit erheblich.

Gründe hierfür können sowohl bauliche Maßnahmen als auch veränderte Nutzungsgewohnheiten der Wuppertaler Bürger\*innen sein. Daraus ergibt sich, dass alle beteiligten Behörden und Einrichtungen die genannten Räume besonders aufmerksam beobachten müssen. Ebenso müssen in den Stadtbezirken konkrete Maßnahmen gegen die vorhandenen Angsträume ergriffen werden. Die GRÜNEN werden sich hieran aktiv beteiligen und so für mehr gefühlte Sicherheit für alle sorgen, ob Mädchen, Jungen oder Senior\*innen.



Fahrrad selber kaufen

**ABO**  
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig per E-Mail erhalten möchten, bitte eine Mail an

[fraktion@gruene-wuppertal.de](mailto:fraktion@gruene-wuppertal.de) senden.

## PLUS UND MINUS

## ■ IM BEREICH SOZIALES UND GESUNDHEIT



ILONA SCHÄFER

## PERSONALABBAU WIRKT SICH AUS

Der Gleichstellungsbericht der Stadt Wuppertal beinhaltet positive und negative Aspekte. Positiv hervorzuheben sind die jährlich stattfindenden Frauengesundheitstage, die in den Räumen der Volkshochschule stattfinden. Auch wenn sich diese Veranstaltung immer über regen Zulauf freut, ist es dennoch notwendig, das Thema Frauengesundheit grundsätzlicher anzugehen. So könnte zum Beispiel das Gesundheitsamt im Rahmen der Gesundheitsberichte das Thema „gender-spezifische Medikation“ aufgrei-

fen. Denn egal ob in Kliniken oder bei niedergelassenen Ärzt\*innen: Medikamente werden oft nur nach klassischen Dosierungsvorgaben wie dem Körpergewicht verabreicht. Geschlechtsspezifische Aspekte bleiben dabei außen vor.

Leider zeigt der Bericht auch, dass aufgrund von Personalmangel einige Ziele nicht bearbeitet werden konnten, so zum Beispiel die geschlechtsspezifische Beratung im Ressort Soziales. Dabei wäre diese gerade im Hinblick auf Altersarmut, die zum überwiegenden Teil Frauen betrifft, angeraten. Viele Hilfsangebote sind nämlich gar nicht bekannt oder werden aus Scham nicht beansprucht. Positiv sind hingegen die Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf hervorzuheben, die konkret auch auf pflegende Angehörige abzielen.

Die GRÜNE Fraktion begrüßt, dass viele der dargestellten Maßnahmen weitergeführt werden sollen. Allerdings ist der Bedarf aus unserer Sicht um ein Vielfaches höher.

## GELD IST NICHT MÄNNLICH

## ■ FRAUEN UND FINANZEN



KLAUS LÜDEMANN

Warum finden wir im Bereich Finanzen und Steuerungssteuerung so wenige Frauen?

Im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung der Stadt sitzen überwiegend Männer. Und auch in den Aufsichtsgremien der städtischen Töchter sind Frauen in der Minderheit. Im Aufsichtsrat der WSW werden sie entweder von unserer Fraktion gestellt oder von den Arbeitnehmer\*innen. Haben Frauen keine Ahnung von Geld und Finanzen?

Mit diesem Klischee setzte sich die Bank Comdirect in einer repräsentativen Studie auseinander und befragte 1000 Männer und Frauen. Die Bank fragte nach, wer sich denn nun wirklich um die Finanzen bemühen würde. Die Antwort überrascht: Jede und jeder kümmert sich mehrheitlich selbst um die eigene Geldanlage. 92 Prozent der Männer und 87 Prozent der Frauen verantworten ihre Finanzen allein. Und diejenigen, die sich nicht selbst kümmern? 40 Prozent der Männer, die sich nicht selbst kümmern, haben schlichtweg keine Lust dazu. Bei den Frauen gaben 34 Prozent derjenigen, die sich nicht selbst kümmern an, dass der Partner mehr davon verstünde. Jetzt muss nur noch das Klischee überwunden werden.

Die Ratsfraktionen SPD und CDU sollten mehr Frauen in den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung und in die Aufsichtsgremien der städtischen Töchter entsenden, und die Verwaltung sollte sich mehr bemühen, Frauen für Führungsaufgaben zu finden bzw. die Karriere von Frauen zu fördern.

## FRAUEN: BEI DEN GRÜNEN IN DER ERSTEN REIHE!

## ■ ZWEITER GREMIENBERICHT: GRÜNE SIND VORBILDLICH



Vor 18 Monaten berichteten wir über den ersten Gremienbericht der Stadt, der CDU und SPD kein gutes Zeug-

nis ausstellte. Die Zahlen waren so schlecht, dass der Oberbürgermeister den Bericht trotz des ausdrücklichen Wunsches aller Mitglieder im Gleichstellungsausschuss von der Tagesordnung des Rates im Dezember 2013 nahm.

Nun liegt die zweite Auflage des Gremienberichtes vor.

Darin wird die Verteilung von ehrenamtlich tätigen Frauen und Männern in allen städtischen Gremien bis zu den Führungspositionen aufgelistet.

Das Landesgleichstellungsgesetz NRW sieht vor, dass alle Gremien geschlechterparitätisch besetzt werden sollen. Der Gremienbericht überprüft, wie weit wir in Wuppertal tatsächlich sind. Die GRÜNEN machen traditionell Ernst mit der Geschlechtergerechtigkeit, das

ist fest in der Satzung verankert. Wir entsenden mindestens so viele Frauen wie Männer in den Rat, denn alle ungeraden Plätze bei Wahlen sind Frauen vorbehalten.

Deshalb sitzen im Wuppertaler Rat fünf GRÜNE Frauen und fünf GRÜNE Männer, die Parität ist gewahrt. Sowohl bei der Ausschuss-Besetzung als auch bei den Aufsichtsräten, in denen die GRÜNEN vertreten sind, besetzen wir nach Möglichkeit immer gleich viele Frauen und Männer.

Ein Blick in den Gremienbericht zeigt auf: Ein wenig hat sich seit der Kommunalwahl 2014 auch in Wuppertal bewegt. Im Rat der Stadt sind mit 35 Prozent fünf Prozent mehr Frauen vertreten (23 von 66 Sitzen) als vor der Wahl. In manchen Ausschüssen gibt

es wenige Frauen, wie im Umweltausschuss. Dort sind bei 13 Sitzen nur drei Frauen Mitglied (davon zwei GRÜNE Frauen). Im Verkehrsausschuss sind nur vier Frauen Mitglied, die alle von den Oppositionsfraktionen (GRÜNE, Linke, FDP, WfW) entsandt wurden. Im Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit sind ausschließlich Männer vertreten.

Wir wünschen uns, dass CDU und SPD mit dem neuen Bericht selbstkritischer umgehen und bereit sind, auch in einer öffentlichen Ratssitzung über das Thema zu diskutieren. Erst wenn alle demokratischen Fraktionen einsehen, dass sie selbst mehr beitragen müssen, kann Geschlechtergerechtigkeit in den Gremien gelingen.

## IMPRESSUM

Herausgeberin:  
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal  
Tel. 0202. 563. 6204  
Fax: 0202. 59 64 88  
E-Mail: fraktion@gruene-wuppertal.de  
www.gruene-wuppertal.de

Mitarbeiter\*innen dieser Ausgabe:  
Anja Liebert (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Klaus Lüdemann, Regina Orth, Hermann Ott, Paul Yves Ramette, Ilona Schäfer, Marc Schulz, Marcel Simon, Frank ter Veld, Tanja Wallraf

## Fotos/Logo:

Die Rechte an den Fotos und Logos liegen, soweit nicht anders vermerkt, bei den Autor\*innen.

## Gastbeiträge:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
Kreisverband Wuppertal, Axel Frevert  
Jutta Velte Mdl, Bergische  
Landtagsabgeordnete der GRÜNEN

## Satz und Gestaltung:

werkmarie, Friedrich-Ebert-Str. 143e,  
42117 Wuppertal

## Druck:

talevent UG, Friedrich-Ebert-Str. 143e,  
42117 Wuppertal

## Auflage: 17.500

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im  
ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V.,  
Simonsstraße 36; AStA, Berg. Universität;  
Behindert - na und?, Arrenberg'sche Höfe 4;  
die börse, Wolkenburg 100; Café Moritz,  
Höhne 22; Cinema, Berliner Straße;  
Die Färberei, Stennert 8; Kreisgeschäfts-  
stelle GRÜNES Büro, Friedrich-Ebert-Str.  
76; Katzensgold, Untergrünwaldstraße 3;  
Nachbarschaftsheim, Platz der Republik;  
Stadtteilbibliotheken; Spunk, Flensburger  
Straße 38; Zentral- und Stadtteilbibli-  
otheken

Die Abgabe ist kostenlos!



Foto: Privat

## VORGESTELLT: DER STADTVERORDNETE KLAUS LÜDEMANN

## ■ SEIT 25 JAHREN IN RAT UND BEZIRKSVERTRETUNG

Als Klaus Lüdemann (57) im Jahr 1990 Bezirksvertreter in Vohwinkel wurde, hieß die Oberbürgermeisterin Ursula Kraus. Als Stadtverordneter wählte er sie 1994 erneut in das Amt. 1996 wählte er im Rahmen der rot-GRÜNEN Koalition Hans Kremendahl zum Oberbürgermeister. Und von Peter Jungs Amtszeit erlebte er sechs Jahre als Stadtverordneter mit. Zuvor war er aus familiären Gründen (eine Tochter) etwas kürzer getreten und vertrat die GRÜNE Fraktion in der Bezirksvertretung Elberfeld. Für 25 Jahre in Rat und Bezirksvertretung wird ihm am 14.12.2015 die Ehrennadel der Stadt verliehen – als erstem GRÜNEN Stadtverordneten in Wuppertal.



Foto: Mathias Kehren

Stadtweit bekannt wurde „Der Klaus vom Ölberg“ 2009, als er das erste und bisher einzige Direktmandat für die Wuppertaler GRÜNEN errang. Der Ölberg ist immer noch der Mittelpunkt seines Lebens, auch wenn er beruflich täglich nach Neuss pendeln muss. Auf dem Ölberg setzt er sich auch für die kleinen Dinge des Alltags ein: Als Auf-

sichtsrat der Ölberg eG für den Erhalt der denkmalgeschützten Häuser, für bezahlbare Mieten und für die Sanierung oder den Abriss von Schrottmobilien. Als Aufsichtsrat bei den Wuppertaler Stadtwerken auch mal für die Beseitigung der Pfütze oberhalb vom Tippen-Tappen-Tönchen durch eine Veränderung der Kanaldeckel. Seine politischen Schwerpunkte wech-

selten in den 25 Jahren. 1994 war er in der GRÜNEN Fraktion der WISO-Mann, zuständig für Wirtschaft und Soziales. Seit 2009 liegen seine Hauptinteressen in der Stadtentwicklung und den Finanzen. Mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen hat Wuppertal einen Weg aus der Schuldenspirale gefunden, der nur mit Unterstützung des Landes möglich war. Es erfüllt

Klaus Lüdemann mit Genugtuung, dass Wuppertal im Jahr 2017 wieder einen ausgeglichenen Haushalt haben wird. Unzufrieden ist der Elektroingenieur (Diplom 1983, Uni Bochum) mit der Entwicklung der Energiewende nach Fukushima. 2012 hat er mit einigen Aktiven die bergische Bürgergenossenschaft gegründet, die inzwischen zwei Solaranlagen betreibt.

In Wuppertal gibt es aber nach wie vor nur eine einzige Windkraftanlage, und auch bei den Blockheizkraftwerken geht es nicht schnell genug voran.

In seiner knappen Freizeit fährt Klaus Lüdemann gern mit dem Fahrrad über die Nordbahntrasse, pflegt den Garten, repariert alte Radios und interessiert sich für die Geschichte der Römer in Westfalen.



Cartoon: Harm Bengen

## FORENSISCHE KLINIK IN WUPPERTAL

### ■ GROKO OPFERT KLEINE HÖHE

#### FORTSETZUNG VON SEITE 1

Mit einer nun klaren Priorisierung der Kleinen Höhe als Forensikstandort missachten sowohl die Verwaltung als auch die große Kooperation die einstimmige Beschlusslage der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg, die sich seit Jahrzehnten gegen jegliche Bebauung der Fläche ausspricht.

Nun macht der neue Oberbürgermeister Andreas Mucke gemeinsam mit den Fraktionen von SPD und CDU ein zweites Fass auf und will auf der Kleinen Höhe Baurecht für die Forensik schaffen, damit das Land seine Pläne für die Müngstener Straße aufgibt. Gäbe es dort Baurecht, so wäre die Kleine Höhe wahrscheinlich die wirtschaftlichste Lösung. So wird erneut Verunsicherung an zwei Standorten gleichzeitig ausgelöst. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisiert dieses Vorgehen scharf.

Ob es gelingen wird, Baurecht auf der Kleinen Höhe zu schaffen, wird sich erst in einem Bauleitplanverfahren zeigen, bei dem unter anderem eine umfangreiche Artenschutzprüfung durchgeführt werden muss.

Nach der Abwägung aller Kriterien hält die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Fläche der Kleinen Höhe – insbesondere aus ökologischen Gründen – nicht für besser geeignet als den Standort Müngstener Straße.

Stadtspitze und die große Koalition im Rat reagieren nun kopflos und versuchen, kurzfristig und zulasten des Naturschutzes die falsche Strategie des Rathauses aus der Vergangenheit rückgängig zu machen. Damit sind sie verantwortlich für den Ausverkauf der Kleinen Höhe, einer ökologisch hochwertigen und landwirtschaftlich genutzten Fläche, eines bedeutsamen

regionalen Grünzugs, eines Lebensraums für viele Tiere und Pflanzen sowie eines wertvollen Quellgebiets. Auch können mit der Ansiedlung einer forensischen Klinik andere Nutzungen auf den verbleibenden Flächen zukünftig nicht vollständig ausgeschlossen werden.



Archivfoto: Jörg Lange

Wir haben die Aussagen von Oberbürgermeister Mucke in seiner Haushaltsrede kurz nach Amtsantritt aufmerksam zur Kenntnis genommen und es begrüßt, dass er Schwerpunkte auch auf Umwelt- und Klimaschutz sowie auf Nachhaltigkeit legen will. Darüber hinaus hatte er im Wahlkampf angekündigt, im Falle seiner Wahl zum Oberbürgermeister weitere Standorte für eine Forensik in Wuppertal prüfen zu wollen. Leider stellt sich nun heraus, dass er diese Zusagen nicht einhalten kann und den Alternativvorschlag, den er von seinem Amtsvorgänger geerbt hat, nicht abwenden konnte. Aufgrund des hohen Bedarfes an forensischen Einrichtungen und nach eingehender Diskussion aller Kriterien erscheint der Fraktion BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN die Müngstener Straße als Standort geeigneter als die Kleine Höhe, so wie wir es auch in der Vergangenheit und zuletzt im OB-Wahlkampf erklärt haben.

Eigentlich müsste im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen, den Anwohner\*innen ihre Ängste zu nehmen, zeigen doch Beispiele aus vielen anderen Kommunen, dass eine Forensik, auch in der Nähe von Wohnbebauung, problemlos in die Quartiere integriert werden kann, und zwar ohne Einschränkungen für das Umfeld. Auch negative bauliche Aspekte wie der Blick auf eine hohe Mauer oder ständige Beleuchtung lassen sich durch technische Maßnahmen ausräumen. In Köln, Dortmund und in anderen Kommunen sind die forensischen Kliniken mittlerweile von der Bevölkerung akzeptiert und in den Stadtteil integriert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen sich der Verantwortung, auch hier in Wuppertal eine forensische Klinik vorzuhalten, denn ein Großteil der Menschen, die in eine forensische Klinik eingewiesen werden, kommt aus unserer Mitte. Es handelt sich um psychisch kranke oder suchtkranke Menschen, die eine Straftat begangen haben, aber aufgrund ihrer Erkrankung vermindert schuldfähig sind. Auf der einen Seite muss die Bevölkerung vor diesen Menschen, von denen – wenn sie nicht therapiert werden – eine Gefahr ausgeht, geschützt werden. Auf der anderen Seite müssen wir diesen Menschen die Chance geben, wohnortnah therapiert zu werden. Die von der Verwaltung vorgestellte Alternative bringt jedoch aus unserer Sicht keine Verbesserung im Vergleich zu den bisherigen Planungen.

## STÄDTISCHER DOPPELHAUSHALT 2016/17

### ■ EIN BISSCHEN SPIELRAUM



Foto: Mathias Kehren

Einen ganzen Samstag nahm sich die Fraktion Zeit, den städtischen Haushalt und GRÜNE Änderungsanträge zu diskutieren

Nach Jahren mit immer noch hoher Neuverschuldung und strengen Auflagen nach dem Stärkungspaktgesetz des Landes NRW kommt nun ein Ende der Mangeljahre in Sicht. Im Jahr 2016 soll die Neuverschuldung noch 11,7 Millionen Euro betragen, im Jahr 2017 jedoch bei null liegen.

Die GRÜNE Ratsfraktion hat in einer Klausurtagung 12 fundierte Anträge entwickelt, die wir in die Beratung der Fachausschüsse eingebracht haben.

#### Kinder und Inklusion

Wir beantragen zehn weitere Betreuungsgruppen für unter Dreijährige, weil Wuppertal den Bedarf bei Weitem noch nicht abdeckt. Für uns ist Inklusion ein zentrales Thema, deshalb benötigt unsere Stadt eine Stabsstelle Inklusion beim Oberbürgermeister.

#### Mehr Geld für den Radverkehr

Besonders am Herzen liegt uns das Thema Radverkehr in Wuppertal. Um das Thema auch im Haushalt übersichtlicher zu gestalten und Maßnahmen zukünftig unabhängig von Straßensanierungen durchführen zu können, beantragen wir einen eigenständigen Etat für die Förderung von Radverkehr plus die dafür notwendige finanzielle Ausstattung. Unter anderem regen wir Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und die Einrichtung eines Fahrradparkhauses an. Wir halten es für zwingend, die vielen ehrenamtlichen Helfer\*innen in der Flüchtlingsarbeit professionell zu begleiten, und haben dafür eine Stelle beantragt. Nach wie vor finden wir die Wiedereinführung der Baumschutzsatzung wichtig und haben auch dazu einen Antrag gestellt. Außerdem beantragen wir eine zusätzliche Förderung der freien Kulturszene über die vom OB bereits zugesagten Mittel hinaus.

#### Risiken im Haushaltsplan

Der Haushaltsplanentwurf enthält zahlreiche Unwägbarkeiten und erhebliche Risiken. Im Sozialbereich gibt es einen weiter steigenden Bedarf, vor allem bei den Hilfen zur Erziehung, bei den Kosten der Unterkunft und den Hilfen zur Pflege.

Damit eng verbunden ist die Höhe der Landschaftsumlage an den Landschaftsverband Rheinland, ca. 100 Millionen € im Jahr. Wir können nur hoffen, dass die Zinsen in den nächsten Jahren nicht wieder steigen. Durch Tarifsteigerungen für die Mitarbeiter\*innen kann es zu ungeplanten Steigerungen bei den Personalausgaben kommen. Und schließlich hängt der Haushalt an der Entwicklung der Gewerbesteuer. Für 2016 sind 197,4 Millionen eingeplant.

#### Bürger\*innenbeteiligung

Auch die Bürger\*innen sollen am Doppelhaushalt mitwirken. Doch das Interesse ist gering. Es gibt auf der Internetseite der Stadt die Möglichkeit zur Online-Bürgerbeteiligung. Dort sind jedoch nur wenige Beiträge zu finden. Und zu einer Informationsveranstaltung in der Volkshochschule kamen gerade einmal zehn Besucher\*innen.

#### Abstimmungsverhalten der Fraktion

Wir werden unsere Änderungsanträge in den Ratsgremien ausführlich diskutieren und kurz vor der Ratssitzung am 14.12. entscheiden, ob wir für den Haushaltsplan stimmen oder uns enthalten. Der 14.12. liegt nach dem Redaktionsschluss dieser Ausgabe. Wir werden Sie im neuen Jahr in der nächsten Ausgabe über die Ergebnisse informieren.

Auf unserer Webseite [www.gruene-wuppertal.de](http://www.gruene-wuppertal.de) finden Sie die Ergebnisse noch vor Weihnachten.



Foto: Mathias Kehren

## GASTBEITRAG: BERICHT AUS DEM LANDTAG

### ■ VON JUTTA VELTE MDL, BERGISCHE LANDTAGSABGEORDNETE DER GRÜNEN

#### Und immer wieder – das liebe Geld

Es ist einiges los im Landtag, denn es geht um den Haushalt. Das berichten die Medien nahezu täglich. Und dabei dreht es sich im Wesentlichen um zwei zentrale Fragen: Was können wir tun, um weiteres Chaos bei der Aufnahme von Geflüchteten zu vermeiden? Und vor allem: Welche Unterstützung brauchen die Kommunen bei der Integration?

Als integrationspolitische Sprecherin der GRÜNEN Landtagsfraktion bin ich viel unterwegs. Ich besuche kleine und große Städte, bestaune die unterschiedlichsten Unterbringungskonzepte und diskutiere mit den Menschen vor Ort, wie es weitergehen könnte und sollte.

Wirklich beeindruckend sind das Engagement, die Geschwindigkeit und die Ermöglichungsstrategien von Bürgermeister\*innen, Verwaltungen, Hilfsorganisationen, Netzwerken und von den Menschen vor Ort. Da werden z. B. in Mülheim auf die Schnelle Holzhäuser gebaut, da nimmt die Bergische Universität – und natürlich auch andere – 30 Geflüchtete zunächst als Gasthörer\*innen auf, es gibt ein vielfältiges Sprachförderangebot. Überall im Land entstehen sogenannte „Integration Points“ mit dem Ziel, die



Foto: Privat

Geflüchteten möglichst schnell an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Gute Nachrichten gibt es auch für Wuppertal. Die Bezirksregierung Arnsberg arbeitet mittlerweile mit Hochdruck daran, Schwierigkeiten zu beheben. Das gilt insbesondere für einen Wunsch, der auch von den Wuppertaler Initiativen geäußert wurde: Menschen, die man bereits kennengelernt hat, vor Ort zu integrieren und nicht auf eine Odyssee durch die verschiedenen Einrichtungen in NRW zu schicken. Vielleicht funktioniert nicht alles reibungslos, aber viele der Vorschläge aus den Kommunen sind angekommen.

Dies gilt auch für den Wunsch nach mehr und zielgenaueren Ressourcen. Im Landeshaushalt werden – sollte er Mitte Dezember verabschiedet werden – viele Haushaltspositionen stehen, die Kommunen und Initiativen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben unterstützen: Es wird mehr Lehrer\*innen für mehr Schüler\*innen geben, mehr Brückenprojekte für Kindergartenkinder, mehr Unterstützung für die Begleitung sogenannter „unbegleiteter Minderjähriger“, mehr Sprachkurse, eine personelle Unterstützung der Kommunalen Integrationszentren, um nur einiges zu nennen. Über die Bundesgelder hinaus wird das Land NRW 2016 nochmals knapp drei Milliarden Euro mehr für die Unterbringung und Integration der Geflüchteten zur Verfügung stellen. Für die Wuppertaler\*innen bedeutet das alles natürlich viel Arbeit – in den Initiativen und in den Verwaltungen. Aber ich bin zuversichtlich: Wenn alle zusammenhalten, werden wir es schaffen. Und auch die Mittel für die mobilen Beratungsstellen gegen rechts werden noch einmal angepasst. So hoffe ich darauf, dass der Landeshaushalt verabschiedet wird, und wünsche Wuppertal weiterhin gutes Gelingen.

## PARISER KLIMAPALAVER ZWISCHEN TERROR & FLÜCHTLINGSPROBLEMATIK

### ■ EINE EINSCHÄTZUNG IM VORFELD DER UN-KONFERENZ

von Hermann Ott, Wissenschaftler am Wuppertal Institut und ehemaliger Bundestagsabgeordneter

Neben dem gewalttätigen Terror von Paris und den Flüchtlingsströmen nach Europa haben es längerfristige Gefährdungen schwer, unsere Aufmerksamkeit zu erringen.

Doch dürfen wir die Gefahren des Klimawandels nicht vernachlässigen. Im Grunde ist ja die jetzige Lage nur ein Vorgeschmack dessen, was kommen wird, wenn der Klimawandel ganze Regionen unbewohnbar macht.

Die meisten Schätzungen gehen davon aus, dass in den nächsten Jahrzehnten 250-300 Millionen Klimaflüchtlinge aus ihrer Heimat vertrieben werden.



Foto: Mathias Kehren

Ein ungebremster Klimawandel wird dazu führen, dass der Terrorismus neuen Nährboden erhält, wird neue Kriege entfachen und Staaten destabi-

lisieren. Kann die Klimakonferenz in Paris also einen entscheidenden Durchbruch im Kampf gegen den Klimawandel bringen? Leider lautet die Antwort „Nein“.

Zwar ist seit jenem Dezember 1997, als das Kyoto-Protokoll in der alten japanischen Königsstadt verabschiedet wurde, viel geschehen. Vor allem der Siegeszug der erneuerbaren Energien ist beeindruckend. Doch befindet sich die internationale Klimapolitik seit damals im Grunde auf dem Rückzug. Und das, was in diesem Dezember 2015 in Paris beschlossen werden soll, ist nur noch ein magerer Abklatsch dessen, was eigentlich notwendig wäre. Es wird zwar mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Abkommen in Paris verab-

schiedet werden, doch wird dieses zu schwach sein, um eine echte Wende herbeizuführen.

Denn verhandelt werden nicht völkerrechtlich verbindliche Pflichten zur Treibhausgasminde- rung für alle großen Verschmutzer (also neben den klassischen Industriestaaten auch die Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien und Südafrika). Verhandelt werden „beabsichtigte, national bestimmte Beiträge“ zum Klimaschutz, also reine Absichtserklärungen der Staaten ohne rechtliche Bindung.

Die gute Nachricht: Ca. 150 Staaten haben solche freiwilligen Zusagen gemacht, darunter auch viele Staaten, die eigentlich genug andere Sorgen haben. Doch diese freiwilligen Bei-

träge sind nicht ausreichend, um den Klimawandel in zivilisatorisch vertraglichem Rahmen zu halten: Selbst wenn alle Beiträge auch umgesetzt würden, käme es zu einer Erwärmung unserer Atmosphäre um ca. drei Grad Celsius im globalen Mittel – also weit über die Erwärmung von zwei Grad Celsius hinaus, die von der Wissenschaft noch gerade als verkraftbar angesehen wird.

Ist das ein Grund, die internationale Klimapolitik aufzugeben? Nein, aber die gegenwärtigen Verhandlungen müssen ergänzt werden.

Es hat sich gezeigt, dass ein Umbau unserer Weltwirtschaft im Konsens zwischen fast 200 Staaten nicht möglich ist. Deshalb muss die UN-Ebene ergänzt werden.

## GASTKOMMENTAR: LETZTE AUSFAHRT PARIS 2015

### ■ GRÜNE VERANSTALTUNG VOR DER WELTKLIMAKONFERENZ

von Axel Frevert, Mitglied des Kreisvorstandes, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Wuppertal

Der Klimagipfel in Paris im Dezember lässt die Wuppertaler GRÜNEN nicht kalt. Bei verdächtig milden Temperaturen folgten am 10. November über 50 Mitbürger\*innen der Einladung zu einer Podiumsdiskussion zum Klimagipfel. Die zentrale Frage war: Was kann Wuppertal zur Klimarettung beitragen? Auf dem Podium im katholischen Stadthaus nahmen bekannte Wuppertaler\*innen Platz: Frau Dr. Birgit Timmermann, engagierte Katholikin und Ärztin, Dr. Hermann Ott, Mitarbeiter am Wuppertal Institut und dort für globale Nachhaltigkeitsstrategien zuständig, Jörg Heynkes, Geschäftsführer der Villa Media und Vizepräsident der IHK, und Dr. Norbert Hüttenhölcher, der den Bereich Neue Energiekonzepte der Wuppertaler Stadtwerke vertritt. Angela Wegener von Radio Wuppertal moderierte. Ob Paris die letzte Ausfahrt vor dem Klimakollaps darstellt oder nur eine weitere Etappe auf dem langen Marsch zu ernst gemeinter CO<sub>2</sub>-Reduzierung ist – darüber gab es keinen Konsens. In sei-



Foto: Guido Mengelberg

nem Einleitungsreferat war Hermann Ott skeptisch. Seit Kyoto 1997 hat es kaum Fortschritte gegeben. Kein Wunder: Man stelle sich 200 drogenabhängige Menschen vor, die einen Entzug beschließen. In dieser Gruppe sind aber auch die Dealer dabei, ebenso Sozialarbeiter und Therapeuten. Alle sollen im Konsens den Ausstieg schaffen. Kann das funktionieren? Die Droge unseres Wirtschaftssystems sind die fossilen Brennstoffe, und das Kyoto-Protokoll sieht nur Konsensentscheidungen vor. Statt verbindlicher Mehrheitsbeschlüsse gibt es lediglich nationale

Absichtserklärungen. Hermann Ott forderte eine Vereinbarung unter Staaten und zivilrechtlichen Organisationen, die tatsächlich die Emissionen reduzieren wollen. Dazu zählt z.B. die „Deinvest“-Bewegung: Kommunen (z.B. Münster) und Staaten (wie der norwegische Staatsfond) ziehen ihr Geld aus der „schmutzigen“ Kohle- und Ölenergie zurück.

Jörg Heynkes setzte nach. „Die Leute wissen nicht, worum es geht.“ Sie hielten den Klimawandel für einen Ausrutscher, der – vergleichbar der „Wuppertalenerie“ – mit ein biss-

chen technischem Aufwand rückgängig zu machen ist. Dabei gehe es um die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder.

„Die Schöpfung zu bewahren“ und Menschen ein Überleben zu sichern, ohne ihre Ressourcen zu zerstören – mit diesen Grundgedanken der Papst-Enzyklika „Laudatio Si“ vom Juni dieses Jahres griff Frau Dr. Timmermann in die Diskussion ein. Der Papst erkenne die Dramatik des Klimawandels an und rufe für katholische Verhältnisse unverblümt zur Umkehr auf. Die Einstellungen müssten sich ändern. Die Solaranlage auf dem Dach bringe wenig, wenn der SUV vor der Garage stehe, bemerkte Frau Timmermann zu Recht.

„Ja, der Klimawandel ist in den Köpfen angekommen“, stimmte Dr. Hüttenhölcher von den WSW zu, „bei

Bürger\*innen und Verwaltung.“ Die WSW trage mit einem Angebot für grünen Strom ihren Teil bei. Allerdings nähmen dies nur ein Prozent der Bürger\*innen wahr. Freilich verhindert das St. Floriansprinzip, dass z.B. ein zweites Windkraftwerk in Wuppertal entsteht. Allerdings musste sich Herr Hüttenhölcher auch kritische Fragen zum Kohlekraftwerk Wilhelmshaven gefallen lassen. Ein Rückkauf der GDF-Anteile durch die Bürger\*innen könnte einen schönen „Deinvest“-Beitrag darstellen ...

Am Schluss war man sich einig: Es bleibt noch viel zu tun. Unsere GRÜNE Vorstandsfrau Dagmar von Gemmern verteilte Stoffelefanten (von „Stoffwechsel“) an die Teilnehmer\*innen auf dem Podium: Die Dickhäuter vergessen bekanntlich nichts. Und unser Planet auch nicht.



Foto: Dagmar von Gemmern

## AUCH OHNE AUTO E-MOBIL

### ■ GRÜNE INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG VON FAHRRÄDERN MIT UND OHNE ELEKTRISCHE UNTERSTÜTZUNG

Im August beantragten die GRÜNEN im Verkehrsausschuss Verbesserungen für die Nutzung von Fahrrädern in der Stadt. Anlass war ein FDP-Antrag, der sehr einseitig Elektromobilität auf Autos mit Elektroantrieb beschränkte.

Wir haben dem entgegengesetzt, dass die Nutzung der E-Mobilität aktuell in Wuppertal hauptsächlich durch mehrere tausend Pedelecs nach vorne kommt und es nicht hilft, für die bislang wenigen E-Autos Vergünstigungen wie z.B. freies Parken anzubieten. Unsere Initiative beinhaltete:

- die Erarbeitung eines Radverkehrsförderplans
- überdachte Abstellanlagen für Fahrräder an Bahnhöfen und wichtigen inner-

- städtischen ÖPNV-Umsteigepunkten
- Fahrradboxen zum sicheren Abstellen von Fahrrädern und Pedelecs/E-Bikes
- Stromladesäulen in Stadtgebiet
- die Öffnung von Fußgängerzonen für die Durchfahrt von Fahrrädern
- den konsequenten Ausbau des Radwegenetzes
- Lademöglichkeiten und Abstellmöglichkeiten für E-Bikes, insbesondere bei neu zu errichtenden Parkhäusern und Tiefgaragen (z.B. am Döppersberg)
- die Öffnung geeigneter Busspuren für den Radverkehr, wenn keine alternativen Radstreifen eingerichtet werden können
- die Bereitstellung von Finanzmitteln im Haushalt 2016/2017

Das war der SPD dann aber doch zu

konkret, und sie stellte einen eigenen Antrag, der mit Allgemeinplätzen, wie zum Beispiel „der Verkehrsausschuss bekennt sich zur Förderung der Elektromobilität in Wuppertal“, aufwartete. Außerdem soll mal wieder die politische Arbeit auf die Verwaltung übertragen werden, denn die SPD forderte weiter: „Die Verwaltung erstellt bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Verkehr ein Konzept zur E-Mobilität bzw. zeigt geeignete Maßnahmen auf, um Anreize zur Förderung von E-Fahrzeugen in Wuppertal zu schaffen.“ Die Verwaltung soll also ausarbeiten, was geht und was nicht – obwohl es doch Aufgabe der Politik wäre, zumindest einen Rahmen vorzugeben. Natürlich wird von der großen Kooperation auch kein finanzieller Spielraum

für Projekte zur E-Mobilität und zur Förderung des Radverkehrs im Haushaltsplan für 2016/2017 eingestellt. Es bleibt bei Lippenbekenntnissen. Vielleicht sollte dieser Antrag auch ein Beitrag zum damals bevorstehenden OB-Wahlkampf sein, denn der Auftrag an die Verwaltung wurde nicht weiterverfolgt.

Aktuell fordert die SPD einen Sachstandsbericht zum Projekt „Fahrradstadt 2025“ mit dem Hinweis, es gebe doch sicher noch Potenzial für den Radverkehr. Es ist schon erstaunlich, wie die SPD mit den Anregungen und Ideen engagierter Bürger\*innen umgeht, denn viele Initiativen und Vereine versuchen seit Jahren, mit ehrenamtlichem Engagement den Radverkehr in Wuppertal zu fördern. Diese

Bemühungen haben SPD und auch CDU konsequent ignoriert. Auch bei dem genannten Antrag gab es wieder keinen Hinweis auf mögliche Finanzierungen der Projekte und keinen Hinweis auf die konkrete Umsetzung von Projekten pro Radverkehr.

Mittlerweile müsste auch den Fraktionen von CDU und SPD klar sein, dass die Wuppertaler\*innen längst weiter sind und zunehmend das Rad nutzen. Deshalb haben wir GRÜNEN auch für den kommenden Haushalt einen eigenständigen Etat für den Radverkehr gefordert. Finanzierbar ist dies unter anderem aus der Verbesserung der Parkraumbewirtschaftung. Mal sehen, wie ernst es die GroKo dann mit der Förderung des Radverkehrs nimmt.

## RATS-CHRONIK SEPTEMBER 2015

### Flüchtlinge in Wuppertal

Zu Beginn der Ratssitzung informierte Oberbürgermeister Peter Jung darüber, dass aktuell 300 Flüchtlinge in Wuppertal erwartet werden, die zunächst auf Küllenhahn in der Sporthalle des Schulzentrums Süd untergebracht werden. Wie schon in Vohwinkel ist auch die Bereitschaft der Cronenberger\*innen sehr groß, die Menschen willkommen zu heißen und ihnen zu helfen, damit sie sich nach dem Ende ihrer Flucht sicher und gut aufgehoben fühlen. Die GRÜNEN freuen sich sehr über dieses überwältigende Engagement der Wuppertaler\*innen.

### Öffentliches WLAN in Wuppertal fördern – Freifunk-Standorte einrichten

Die GRÜNE Fraktion hat sich sehr gefreut, dass die Verwaltung unseren schon im April eingebrachten Antrag zum Anlass genommen hat und in einer Verwaltungsvorlage vorschlug, an 800 städtischen Gebäuden Router aufzustellen und so einen großen Schritt in Richtung öffentliches WLAN in Wuppertal zu gehen. Damit wurde die zentrale Forderung der GRÜNEN aufgegriffen und die bisherige Blockadehaltung bei diesem Thema aufgegeben. Die GRÜNE Fraktion hat deshalb der Verwaltungsvorlage zugestimmt.

### Einwohnerantrag „Kita-Streik“

Ein Einwohnerantrag nach § 25 Gemeindeordnung NRW wurde im Rat behandelt. Darin wurde beantragt, die durch den Streik der Erzieher\*innen in der Stadtverwaltung eingesparten Gelder nicht zur Schuldentilgung, sondern für Investitionen im Bereich der Kinderbetreuung einzusetzen. Die Verwaltung schlug in einer Vorlage vor, den Antrag abzulehnen. Die GRÜNEN stimmten für den Einwohnerantrag, weil die Argumente stimmten und wir nicht wollten, dass die Gelder für die allgemeine Schuldentilgung verwendet werden. Die Mehrheit des Rates sah dies leider anders und stimmte für die Verwaltungsvorlage.

### Mängelmelder der Stadt Wuppertal

Die GRÜNEN fragten die Verwaltung nach dem Erfolg des Mängelmelders. Seit einem Jahr können Wuppertaler\*innen der Verwaltung per Internet Schäden melden. Die Antwort der Verwaltung: Es gab über 700 Meldungen, allein 300 bezogen sich auf Straßenschäden, 79 auf „wilde

Müllabladepätze“ und 63 auf verdreckte Straßen.

### Erster Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern 2011–2013

Der Bericht der Verwaltung zeigt ausführlich den aktuellen Sachstand der Gleichstellungspolitik in Wuppertal. Das ist gut, denn so bildet er Licht und Schatten gleichermaßen ab. Einige Maßnahmen werden erfolgreich umgesetzt, bei anderen hakt es sehr, so dass der Bericht eine gute Arbeitsgrundlage für die weitere Diskussion ist. In dem Bericht sind positive, aber auch negative Beispiele aufgelistet. Nun haben die Stadtverordneten den Auftrag, sich für die Umsetzung von Projekten einzusetzen, die bislang noch vernachlässigt werden, und dies in den Fachgremien zu thematisieren. Dann fällt der nächste Bericht für alle Verwaltungseinheiten positiv aus.

### Ergänzungsantrag „Förderung der Elektromobilität“

Da ein Antrag der FDP ausschließlich Elektro-PKW in Wuppertal bevorzugen wollte, stellte die GRÜNE Ratsfraktion den Ergänzungsantrag, dass u. a. Busspuren für den Radverkehr geöffnet, Strom-Ladesäulen im Stadtgebiet auch für Pedelecs/E-Bikes ausgerüstet sowie Fahrradboxen in Wuppertal aufgestellt werden sollen. Die große Kooperation lehnte mit fadenscheinigen Argumenten sowohl unseren als auch den Antrag der FDP ab.

### Bürgerbeteiligung am Haushalt 2016/17

Mehrere Fraktionen stellten einen Antrag rund um das Thema Bürgerbeteiligung am städtischen Haushalt. In seiner Rede erläuterte unser Fraktionsvorsitzender Marc Schulz den GRÜNEN Antrag. Wir bitten darin die Stadtverwaltung um Darstellung, wie die Stadtteilarbeit zukünftig organisiert sowie Bürgerbeteiligung und Ehrenamt gefördert werden sollen, wenn die Stellen des Stadtteil-Projektmanagements gestrichen werden. Leider musste sich die Stadtverwaltung dazu nicht detailliert äußern, denn unser Antrag wurde von der Großen Kooperation abgelehnt.

### Resolution: Faire Verteilung der Mittel des Bundes

Schön, wenn der Bund den finanzschwachen Kommunen mehr Geld zukommen lässt. Schade ist aber nach

Ansicht der GRÜNEN, wenn das Geld so verteilt wird, dass auch wohlhabendere Kommunen einen Teil davon erhalten. Deshalb hat die GRÜNE Ratsfraktion mit einer Resolution beantragt, das Land NRW aufzufordern, die bisherigen Kriterien der Mittelverteilung zu überdenken, damit ausschließlich die Kommunen das Geld erhalten, für die es gedacht war. Da SPD und CDU sich dem Vorschlag anschlossen, indem sie einen ähnlichen Antrag stellten, zogen wir unseren zurück, um der Forderung mit großer Mehrheit viel Nachdruck zu verleihen.

### Resolution: Wuppertal erklärt sich zur TTIP/CETA-freien Kommune

Auf Initiative des Klimabündnisses sollen sich Mitgliedskommunen wie Wuppertal mit einer Resolution zur TTIP/CETA-freien Kommune erklären. Die GRÜNEN griffen die Initiative auf und stellten den Antrag, dass sich Wuppertal anschließt.

Die Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) werden geheim verhandelt, befürchtet werden Umwelt- und Sozialdumping, undemokratische Konzernklagerechte und intransparente Verhandlungen. Leider stimmten SPD und CDU gegen den Antrag.

### Spielsuchtberatung au Vergnügungssteuer finanzieren

Ein Antrag der Linken, die Spielsuchtberatung aus Einnahmen der Vergnügungssteuer zu bezahlen, wurde von den GRÜNEN begrüßt. Schon im letzten Jahr hatten wir mit der FDP im Sozialausschuss beantragt, die Spielsuchtberatung auszubauen. Auch diesen Antrag lehnte die GroKo mit Mehrheit ab.



Alle GRÜNEN Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen, Stellungnahmen, im Rat gehaltenen Reden, Newsletter und älteren Ausgaben der Fraktionszeitung finden Sie in den Rubriken Aktuelles oder Presse unter [www.gruene-wuppertal.de](http://www.gruene-wuppertal.de).

## RATS-CHRONIK NOVEMBER 2015



Archivfoto: Jörg Lange

### Forderung nach mehr Lärmschutz am Boltenberg

Anwohner\*innen des Boltenbergs im Stadtbezirk Elberfeld-West setzen sich seit Jahren für die Minderung des Verkehrslärms ein.

Jetzt haben sie sich an die Stadt gewandt und fordern Geschwindigkeitsbeschränkungen auf der A 46 und auf den Landesstraßen L 418 und L 74. Die GRÜNEN unterstützen dieses Anliegen und haben nachgefragt, wie groß die Erfolgsaussichten sind. Ergebnis: Die Verwaltung wird Gespräche mit der Landesebene führen und der Politik darüber berichten.

### GRÜNER Vorsitz in der Begleitkommission Kinder- und Jugendförderplan

In der Ratssitzung wurde Paul Yves Ramette zum Vorsitzenden der Begleitkommission für den Kinder- und Jugendförderplan 2015–2019 gewählt. Das ist sehr erfreulich, weil er seit vielen Jahren ein GRÜNER Experte für Kinder- und Jugendpolitik ist. Diese Erfahrung und seine Kompetenz kann er nun als Vorsitzender der Kommission einbringen. Die GRÜNE Ratsfraktion macht sich seit Jahren dafür stark, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Wuppertal stärker zu verankern und die Integration von Kindern und Jugendlichen zu begleiten. Die Kommission wird schwerpunktmäßig diese Ziele verfolgen.

### Ehrenring an Dr. Carsten Gerhardt

Bereits im Februar wandte sich eine

große Gruppe bekannter Wuppertaler Persönlichkeiten an den damaligen OB Peter Jung und schlug vor, dem Vorsitzenden der Wuppertal Bewegung, Dr. Carsten Gerhardt, den Ehrenring der Stadt Wuppertal zu verleihen. Die GRÜNEN fanden die Idee schon damals hervorragend.

Leider hatten SPD und CDU noch Beratungsbedarf. Ein halbes Jahr später sind jetzt auch SPD und CDU dafür, Dr. Carsten Gerhardt für sein großartiges ehrenamtliches Engagement von der Entwicklung der Projektidee bis zur Realisierung der Nordbahntrasse zu ehren. Der Rat hat mit nur einer Gegenstimme beschlossen, ihm den Ehrenring zu verleihen.

### Geschäftsbericht der Stadtparkasse im Internet

Mit der Begründung, die Datei sei zu groß, stellte die Stadtparkasse Wuppertal ihren Geschäftsbericht nur als gedruckte Broschüre, nicht aber als PDF-Datei für das Ratsinformationssystem zur Verfügung. Auch auf der Webseite der Stadtparkasse wurde er nicht veröffentlicht.

Auf Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion beschloss der Rat, dass die Stadtparkasse den Bericht innerhalb von zwei Wochen als PDF-Datei im Internet einstellen soll.

Wir sehen darin einen Gewinn an Transparenz, schließlich sollen die Sparkassenkund\*innen ihn jederzeit einsehen können. Im Geschäftsbericht steht unter anderem, was der Vorstand 2014 verdient hat.



Foto: Anja Liebert

Am 14.11.2015 war es so weit: Wagen 01 der neuen Schwebebahngeneration traf in Vohwinkel ein. Insbesondere die Innenausstattung in GRÜN (nur eine von verschiedenen Varianten) hat uns erfreut. Die Schwebebahn bekommt so als modernes und zukunftsorientiertes Verkehrsmittel die passenden Fahrzeuge für schnelle und häufige Verbindungen von Vohwinkel bis Oberbarmen.

## WUPPERTALER SCHULEN ERHALTEN ZEIT FÜR KONSOLIDIERUNG

### GRÜNE STIMMEN ENTWICKLUNGSPLAN FÜR WEITERFÜHRENDE SCHULEN ZU

Der vorgelegte Schulentwicklungsplan für den Zeitraum bis 2020 stellt leider eher eine Beschreibung der momentanen Situation in der Wuppertaler Schullandschaft dar als eine Planung der Wuppertaler Bildung für die kommenden Jahre.

Eigentlich gilt es, Entwicklungsplanung zu betreiben und die akuten Probleme und Herausforderungen im Bildungsbereich zu bewältigen. Dazu gehören die wichtigen Themen Inklusion, die Integration von Zuwandererkindern in das Bildungssystem, die Erhöhung des Ganztagsangebotes und natürlich die Bereitstellung der benötigten Gesamtschulplätze.

Auch die sechs Hauptschulen, von denen jede lediglich eine Eingangsklasse bilden kann, sind ein Problem,

das schnell in die Planung mit einbezogen werden muss.

Besonders die Ablehnung von Kindern an den Gesamtschulen muss dringend abgestellt werden. Während in den drei westlichen Gesamtschulen Angebot und Nachfrage weitestgehend ausgeglichen sind, müssen an den drei östlichen Schulen jedes Jahr rund 40 Prozent der Schüler\*innen abgelehnt werden. Daher werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass dem Angebotsdefizit bei den Gesamtschulplätzen auch genau dort begegnet wird, wo es tatsächlich existiert: nämlich im Osten der Stadt zwischen Barmen und Langerfeld. Die Verwaltung hat angekündigt, dass sie Maßnahmen prüfen wird, dieses Problem zu lösen, welches in der Vorlage auch genau benannt

wird. Wir nehmen den Wunsch der Leiter\*innen der Gesamtschulen ernst, dass sich die Schullandschaft nach der Gründung der sechsten Gesamtschule erst einmal konsolidieren sollte. Deshalb sehen wir das Projekt weniger als einen Schulentwicklungsplan, sondern eher als eine Konsolidierungsphase, die jetzt beschlossen wurde.

Da wir konstruktiv an einer sinnvollen Schularbeit in Wuppertal mitarbeiten, haben wir dem vorliegenden Schulentwicklungsplan zugestimmt. In den kommenden Jahren werden wir uns weiter dafür einsetzen, den Elternwillen in unserer Stadt angemessen zu berücksichtigen. Das heißt, dass wir neue Lösungen zur Verbesserung und Entwicklung unserer Schullandschaft finden müssen.